

NIEBEL-Interview für die "Stuttgarter Zeitung"

NIEBEL-Interview für die "Stuttgarter Zeitung"

Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied Bundesentwicklungsminister DIRK NIEBEL gab der "Stuttgarter Zeitung" (Montag-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellten Joachim Dorfs, Christian Gottschalk und Rainer Pörtner:
Frage: Herr Niebel, das Mohammed-Video hat weltweit Proteste hervorgerufen. Deutschland ist mit im Visier. Sind Ihre Entwicklungshelfer in islamischen Ländern in Gefahr?
NIEBEL: Natürlich gibt es Gefährdungen. Wir haben versucht, alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Aber ich will eines ganz deutlich sagen: Es gibt keine generelle Gefahr für Experten in islamischen Ländern. Es ist eine kleine Minderheit, die dort gewalttätig reagiert. Die große Mehrheit hält überhaupt nichts davon.
Frage: Wie sehr geht es bei den Protesten um religiöse Gefühle, wie stark geht es um eine politische Bewegung, die getragen wird von einem grundsätzlichen Hass auf den "Westen"?
NIEBEL: Die Protestwelle wird in Teilen gelenkt. Sehen Sie sich die Ermordung der amerikanischen Diplomaten in Libyen an. Das war kein Mob, sondern ein gut geplanter Terrorakt. Andererseits gibt es die emotional aufgewühlte Masse, die oft den Film gar nicht gesehen hat, ihn nur vom Hörensagen kennt, der aber irgendwelche Scharfmacher erzählen, in Deutschland würden regelmäßig Großdemonstrationen mit Mohammed-Karikaturen durchgeführt. Dabei ist das nur eine rechtsradikale Splittergruppe, die mit ein paar Dutzend Leuten auf die Straße geht.
Frage: Wie sollte Deutschland auf die Proteste reagieren: den umstrittenen Film verbieten, mindestens seine öffentliche Vorführung?
NIEBEL: Ich bin ein Freund der freien Meinungsäußerung. Aber ich halte es für falsch, diesen Film in Deutschland eingeschränkt werden, stellen wir dann nicht unsere eigenen Werte in Frage?
NIEBEL: Es muss vollkommen klar sein, dass uns unsere Werte so viel wert sind, dass wir bereit sind, dafür auch Konflikte einzugehen. Das heißt aber nicht, dass man jemanden bewusst beleidigen, ihn provozieren muss. Mit den Karikaturen in der französischen Zeitschrift "Charlie Hebdo" etwa wird bewusst Öl ins Feuer gegossen, um Emotionen zu schüren und um Auflage zu machen. Die Karikaturen in der dänischen Zeitung "Jyllands Posten", die 2005 zu scharfen Protesten führten, waren etwas anderes: Es muss möglich sein, politische Phänomene satirisch aufzuspießen, sie auch mal so zuzuspitzen, dass es weh tut.
Frage: Gilt das auch für religiöse Themen?
NIEBEL: In manchen Ländern sind Religion und Politik nicht zu trennen, das gilt insbesondere in der islamischen Welt. Wenn hier ein Karikaturist auf eine politische Frage zielt, gibt es immer ein Risiko, dass es als religiöse Frage wahrgenommen wird. Darüber müssen wir mit diesen Gesellschaften reden. Wir müssen deutlich mehr an Aufklärung tun, deshalb haben wir in der Entwicklungspolitik unsere Bildungsanstrengungen in all diesen Ländern verstärkt. Denn je niedriger das Bildungsniveau einer Bevölkerung, desto anfälliger ist sie für Scharfmacher.
Frage: Der Mohammed-Protest war auch der erklärte Hintergrund für ein Selbstmordattentat in Kabul. Ist dieser Anschlag mit mehreren Toten ein weiteres Indiz, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan immer weiter verschlechtert?
NIEBEL: Die Sicherheitslage wird nicht schlechter, sie wird immer besser. Im Norden Afghanistans, wo die Bundeswehr aktiv ist, werden inzwischen 75 Prozent der Einsätze von afghanischen Sicherheitskräften wahrgenommen - sogar zu 100 Prozent von afghanischen Sicherheitskräften geleitet. Die Anzahl der Anschläge ist zurückgegangen, die Zahl der Opfer ist zurückgegangen, die Art der Ziele hat sich verändert. Die Taliban sind militärisch nicht mehr in der Lage, stark gesicherte Ziele anzugreifen.
Frage: In Baglan haben sie gerade einen großen Stützpunkt angegriffen und mehrere US-Flugzeuge kampfunfähig geschossen.
NIEBEL: Die Taliban sind unter hohem personellen und materiellen Einsatz in der Lage, punktuell Ziele zu attackieren. Mehr nicht. Sie suchen sich deshalb immer öfter "weiche" Ziele: sie attackieren die eigenen afghanischen Sicherheitskräfte, ihre Anschläge fordern Opfer unter der Zivilbevölkerung. Sie suchen sich medial ausschaltbare, symbolische Ziele, um den Eindruck zu erwecken, sie würden viel bewirken. Dem ist aber nicht so. Die Effizienz der afghanischen Polizei ist weit, weit höher als noch vor einigen Jahren.
Frage: Mehrere Dutzend Nato-Soldaten und Polizisten aus westlichen Staaten wurden in den letzten Monaten von Afghanen ermordet, die sie auszubilden versuchten und mit denen gemeinsam sie auf Patrouille oder in Kampfeinsätze zogen. Dieses sogenannte "Partnering" steht nun in Frage. Ist damit der entscheidende Baustein in der Nato-Strategie zerstört?
NIEBEL: Das "Partnering" ist nicht generell ausgesetzt, sondern nur bis zur Bataillonsebene und kann von einzelnen Kommandeuren auch auf den Ebenen darunter weitergeführt werden.
Frage: Was wird nach dem Abzug der Nato-Truppen im Jahr 2014 mit den Entwicklungshelfern geschehen: Müssen sie dann auch Afghanistan verlassen - und damit ihre Hilfsprojekte aufgeben?
NIEBEL: 2014 sollen die Kampftruppen abziehen - und damit der größte Teil der internationalen Verbände. Aber es werden weiterhin Soldaten zur Ausbildung in Afghanistan bleiben, sie werden weiterhin andere Soldaten zum Schutz und zur Versorgung vor Ort haben. Es geht also nicht um einen Totalabzug. Wir gehen davon aus, dass 2014 in weiten Teilen des Landes die Afghanen selbst für Sicherheit sorgen können. Als vor einigen Wochen in Kabul ein Hotel angegriffen wurde, haben die afghanischen Kräfte die Attentäter ganz allein bekämpft - und zwar mit Erfolg.
Frage: Aber was passiert dann mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit?
NIEBEL: Sie wird über den Abzug hinausgehen. Wir als Deutsche haben international zugesagt, dass wir uns in der Dekade nach dem Abzug auf dem bisherigen finanziellen Niveau engagieren wollen. Das sind im Moment 430 Millionen Euro im Jahr. Ich glaube auch nicht, dass die Taliban die Macht in Afghanistan übernehmen. Die Zivilgesellschaft dort ist weit widerstandsfähiger als früher.
Frage: Ist es möglich, vielleicht sogar zwingend, die Taliban an der Macht zu beteiligen?
NIEBEL: Taliban ist nicht gleich Taliban. Die Regierung Karsai führt bereits Gespräche mit gemäßigten Taliban, die nicht zuvörderst auf Gewalt setzen. Man kann nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs nicht darauf bestehen, dass nur Menschen am Tisch sitzen, die kein Blut an den Händen haben. Dann würde man kaum einen finden. Aber mit jenen, die auf eine friedliche Zukunft des Landes hin arbeiten wollen, wird man reden müssen.

FDP Bundesgeschäftsstelle
Pressestelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T. 030 - 28 49 58 43
F. 030 - 28 49 58 42

Pressekontakt

FDP Bundesgeschäftsstelle

10117 Berlin

Firmenkontakt

FDP Bundesgeschäftsstelle

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.